

Protokoll der Vollversammlung der Verfassten Studierendenschaft 2013

27.11.13

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Anzahl der Anwesenden: 274

Sitzungsleitung: Lea & Fabian

Protokoll: Mason

Geschäftsordnung: StuRa

TOP 1 Formalia

TOP 2 Bildungsgebühren

TOP 3 Zivilklausel

TOP 4 Anwesenheitskontrolle

TOP 5 Wohnungsnot

TOP 9 Studieren mit Nazis

TOP 6 Aufarbeitung Uni Geschichte

TOP 7 Studentische Hilfskräfte

TOP 8 Die Grenzen der Gastfreundschaft

TOP 1:

Olli begrüßt die Anwesenden und schlägt Lea und Fabian als Moderation vor. Es gibt keine Gegenstimmen. Lea weist zu Beginn auf die Wichtigkeit der VV sowie ihre Bedeutung innerhalb der Studentischen Selbstverwaltung hin.

Lea gibt bekannt, dass die Geschäftsordnung deckungsgleich mit der des StuRa ist. Dazu wird über die Redeliste informiert: es gilt Erstredner_innenrecht, ansonsten das Genderreißverschlussverfahren.

Abschließend wird darum gebeten, dass die Redezeiten nicht zu lang werden sollten, sowie darüber informiert, wie Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden.

Dazu wird die Beschlußfähigkeit als gegeben angesehen, dieses wird allerdings angezweifelt, da nicht ordnungsgemäß eingeladen worden sei (per Mail einen Tag vorher).

Lisa informiert darüber, dass es Probleme mit dem I-Amt gab; Fabian geht noch genauer auf die rechtliche Grundlage ein.

Es wird noch einmal deutlich gemacht, dass die Form der Einladung als mangelhaft angesehen wird, allerdings wird die Sitzung fortgeführt, da formal alles i.O. gewesen ist.

Lea stellt die Tagesordnung vor. Es gibt einen Einwand gegen die Nachhintenverlegung des TOPs zum "Studieren mit Nazis". Dieser soll auf Platz 6 vorgerückt werden. Es wird darüber abgestimmt, da es eine Gegenstimme gibt.

Der Antrag wird angenommen.

Damit wird die Tagesordnung angenommen.

TOP 2:

Fabian bittet den Antragssteller nach vorne; der Antrag wird von Olli eingebracht. Es gibt dazu eine kurze Einordnung des Themas zu Aktionen und Geplantem und bereits Erreichtem.

Zunächst wird die NHG-Novelle kurz umrissen mit dem Ziel, wobei hauptsächlich auf die geplanten Langzeitstudiengebühren eingegangen. Als Gegenaktion gab es eine Postkartenaktion der LAK, um über diese Druck auf die Landesregierung auszuüben. Daran anschließend gab es eine Kundgebung am MWK. Dieses hatte zur Folge, dass die LAK eingeladen wurde an einer Verbandssitzung teilzunehmen, was sie auch tat, um sich in die Bildungspolitik des MWK einzumischen.

Zur Aktualität weist Olli noch auf die Schüler_innen Demo am Vortag hin, die wegen geplanter unbezahlter Mehrarbeit der Lehrer_innen stattfand.

Darüber hinaus gibt es noch ein Arbeitstreffen der LAK nächste Woche.

Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung, in dem darum geboten wird, die Antragseinbringung auf fünf Minuten zu begrenzen. Olli weist darauf hin, dass er noch gar nicht beim Antrag selbst ist.

Nach schneller, sich aber dennoch etwas in die Länge ziehender, Zuendebringung der Informationen zu den Novellen kommt Olli zum eigentlichen Antrag.

Fabian gibt noch ein paar kurze Infos zum Verfahren der Antragsablehnung, bzw. -abänderung und eröffnet die Redeliste.

Es gibt eine Nachfrage, ob die Forderungen einzeln oder zusammenabgestimmt werden.

Fabian weist darauf hin, dass es sich um EINEN Antrag handelt, daher wird alles zusammen abgestimmt.

Die zweite Nachfrage fragt nach der Gerechtigkeit bei einem gebührenfreien Studium, wenn dieses doppelt solange dauert wie die Regelstudienzeit, wo doch die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden würden.

Die dritte Nachfrage fragt nach den Verwaltungskostenbeiträgen und ob diese nicht notwendig sind.

Vierte Nachfrage: müssen persönliche Daten preisgegeben werden, falls man einen Antrag einreichen möchte.

Antwort: Nein.

Es folgt eine Gegenrede zur Gerechtigkeit des Gebührenfreien Studium. Es wird darauf hingewiesen, dass die Langzeitstudiengebühren sich nicht mehr nur auf das Erststudium, sondern auch auf potentielle konsekutive Masterstudiengebühren beziehen und daher schon nach dem Master zehn der zwölf Semestern.

Der nächste Redebeitrag rechtfertigt die Abschaffung, durch den die Kosten der Verwaltung dramatisch sinken würden. Darüber hinaus wird auf den Sozialstaat hingewiesen, der genau dafür da sei, Menschen, die unter erschwerten Bedingungen studieren, zu unterstützen und sie nicht alleine zu lassen.

Nächster Beitrag: es wird darauf hingewiesen, dass es kein Ressourcenproblem gibt, sondern ein Verteilungsproblem vorherrscht. Studierende sind nicht dafür zuständig, dieses auch noch zu unterstützen.

Nächster Beitrag: es wird nachgehakt, ob der vorangegangene Beitrag pro oder contra Antrag sei?

Es werden zwei Änderungsanträge eingereicht.

Da beide sich ähneln, wird Antrag 1 zurückgezogen.

Der Antrag 2 beantragt die Aufspaltung der einzelnen Punkte und wird zur Abstimmung freigegeben. Ergebnis: 72 Ja-Stimmen, 89 Nein-Stimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Damit wird nun der ursprüngliche Antrag abgestimmt. Die Neinstimmen sind deutlich weniger – daher ist der Antrag angenommen.

TOP 3:

Stephan präsentiert den TOP Zivilklausel und weist auf die aktuelle Brisanz hin (Forschungsgelder durch das US-Militär, Geheimdienste, etc.). Sollte es keinen Beschluß geben, würden die studentischen Senator_innen ohnehin einen Antrag im Senat zur Stellungnahme stellen, da es inzwischen ja eine Zivilklausel im Selbstverständnis der Universität gibt.

Es gibt eine Nachfrage: es wird in Frage gestellt, ob es überhaupt Sinn macht, eine Zivilklausel zu haben, da häufig vertraglich verhindert ist, dass die Kooperationspartner bekannt werden.

Zweite Nachfrage: warum muss das Adjektiv "amerikanisch" vor den Behörden im Antrag stehen?

Antwort Stephan: natürlich geht es nicht nur um amerikanische Behörden; es ist lediglich der aktuellen Mediendebatten geschuldet.

Zur ersten Nachfrage: ja, es ist häufig schwierig, aber die gewählten Vertreter_innen in den jeweiligen Gremien müssen Bescheid wissen und eine bessere Transparenz (wie im Antrag gefordert) würde auch das Präsidium besser informieren.

Zusätzlich sind Drittmittel – im Gegensatz zu staatlichen Mitteln – hochgradig intransparent, da diese nicht öffentlich gemacht werden müssen.

Zur zweiten Nachfrage: Der Antragssteller möchte dennoch seinen Änderungsvorschlag abstimmen lassen, da ihm der Gebrauch des Wortes als "anti-amerikanisch" scheint.

Es soll in "Behörden verschiedener Nationen" umbenannt werden. Dem Antrag wird zugestimmt.

Damit wird zu Antragsabstimmung geschritten. Der Antrag ist mit deutlicher Mehrheit angenommen.

TOP 4:

Matthias bringt den Antrag ein.

Diskussion:

Nachfrage Daniel: Wie soll das Datenschutz rechtlich verantwortet werden, wenn die Listen an Studierende genommen wird und weiterverteilt wird?

AW: Unklar, ob es dabei um Verkauf oder ähnliches geht? Wenn man dies gemeinsam macht, kann man sie ja später vernichten. Zusätzlich sind Daten auch anderswo zugänglich.

Tobias: Aus AG Prüfung: Es ist sowohl Präsidiumsbeschluss als auch Beschluss der AG Prüfung, dass von Anwesenheitslisten abgeraten wird und nur rechtmäßig ist, wenn dies in der Prüfungsordnung festgehalten ist.

Jannis: In Lehramtsstudium liegen Anwesenheitslisten in Didaktikseminaren aus. Wenn dies nicht gemacht wird, nehmen immer weniger teil. Man schneidet sich bei Nichtteilnahme ins eigene Fleisch. Trotzdem ist Listenklau eine gute Möglichkeit, dies als Protest zu gestalten.

Redeliste wird geschlossen.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit überragender Mehrheit angenommen.

TOP 5:

Niklas referiert zum Problem der Wohnungsnot unter Studierenden. Insbesondere Erstsemesterstudierende hätten zuletzt stärkere Probleme gehabt. Dagegen wurde eine Wohnraumbörse initiiert, die den Austausch von Wohnraum und Wohnungssuchenden besser organisieren sollte. Zusätzlich wird es noch eine Filmvorführung zu Gentrifizierung geben, sowie eine Nachttanzdemo. Der Antrag selbst fordert eine bessere öffentliche Finanzierung des Wohnungsbaus.

Nachfrage 1: Was wird unter "zivilem Ungehorsam" verstanden (im Antrag genannt)?

Antwort Niklas: Verschiedenste Aktionsformen wie die Nachttanzdemo oder symbolische Besetzung von lehrstehenden Häusern.

Nachfrage 2: Wie soll Wohnraum der Marktlogik entzogen werden?

Niklas: Es geht nicht um konkret Erreichbares sondern um Forderungen. Es wurde sogar schon die Überwindung des Kapitalismus gefordert.

Nachfrage 3: Der Aufruf zu zivilem Ungehorsam legitimiere potentiell Straftaten. Daher solle sich die Studierendenschaft da zurückhalten.

Antwort aus dem Plenum: Ziviler Ungehorsam ist ein wichtiges politisches Mittel, wenn der Rechtsstaat nicht greift (Nazis blockieren, etc.).

Nachfrage 4: Es solle doch einfach die Passage "ziviler Ungehorsam" gestrichen werden, da es evtl. an höherer Entscheidungsstelle daran scheitern könne.

Wortmeldung 5: Ziviler Ungehorsam ist nur ein Begriff für Aktionen, die etwas verändern können, die nicht zu verändern sind, wenn man sich strikt an Gesetze hält. Ziviler Ungehorsam ist nicht gleich Gewalt gegen Menschen, ebenso wenig wie bei Häuserbesetzungen der Fall ist.

Wortmeldung 6: Ein Urteil über Straftatbestände wird immer noch an Gerichten gefällt, nicht durch (Jura-) Studierende.

Antwort aus dem Plenum: Ja, ziviler Ungehorsam ist nicht per se eine Straftat. Häuser besetzen sei aber Hausfriedensbruch, dadurch ein Straftatbestand. Daher solle dies nicht im Antrag stehen.

Wortmeldung 7: Häuserbesetzung ist illegal, das dürfte die Studierendenschaft nicht unterstützen.

Es gingen vier Anträge ein, die die Passage zum zivilen Ungehorsam streichen sollte. Diese werden als einer zusammengefasst.

Darüberhinaus ging noch ein Antrag ein, dass es heißen solle: "ziviler Ungehorsam im rechtlichen Rahmen".

Änderungsantrag 1: eindeutig abgelehnt.

Änderungsantrag 2: eindeutig abgelehnt.

Abstimmung über den unveränderten Antrag: eindeutig angenommen.

TOP 6:

Christoph bringt den Antrag "Studieren mit Nazis" ein. In einem Vortrag wird über die NPD-Frau Christina Krieger sowie den Umgang mit ihr eingegangen. Kern ist aber, dass das Problem nicht bei C.K. anfängt oder aufhört, sondern bei gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft, die auch an den Universitäten stattfindet. Der Vortrag findet sich in den Unterlagen.

Letztlich wird der eigentliche Antrag vorgelesen.

Die Runde für Nachfragen wird geöffnet.

Nachfrage 1:

Grundsätzlich sei das zu begrüßen, die vermeintliche Unterstellung, der Umgang sei durch Sexismus motiviert, ein anderer als das bei einem Mann der Fall wäre, sei eine Erfindung des AStA. Dies sei nicht so. Nazis sollten nicht als "Steigbügelhalter" für eine Wiedereinführung der Genderstudies herhalten.

Antwort Christoph: Genderstudies ist in seiner grundsätzlichen Ausrichtung sehr sinnvoll, um einen reflektierteren Umgang mit Nazi-Frauen zu fördern. Die Kritik an der Abschaffung der GenderStudies ist nicht reingemogelt, sondern ihr heutiges Fehlen wird an dem universitätren Umgang mit dem Thema deutlich.

Aussage 1:

Die Aktionsform der Antifa soll verurteilt werden, da sie feige sei und an einen faschistoiden Umgang erinnern würde.

GO Antrag: Diskussion über Aktionsformen gehören nicht an diese Stelle. --> Das ist kein GO Antrag.

Aussage 2:

Christoph möge auf die Frage antworten, warum er die Sozialpsychologie nicht im Antrag mit aufführt.

Aussage 3:

Es sollte klar sein, warum man sich bei Aktionen dieser Art verummmt.

Antwort Christoph:

Geschichtsrevisionismus ist inakzeptabel und der Diskussion nicht würdig.

Es wird sich nur an der Aktion abgearbeitet und nicht an Inhalten. Das ist hoch problematisch.

Es ist nicht der Gegenstand des Antrages wie in Zukunft jede_r Einzelne verfahren sollte.

Zur Sozialpsychologie: Der geforderte Lehrstuhl sollte sich selbstverständlich methodisch psychoanalytisch-sozialpsychologisch konstituieren, es war nur auf den wissenschaftlichen Inhalt bezogen.

Antrag zur GO:
Schließung der Redeliste. Zustimmung.

Aussage 4:
Es wird vorgeworfen, dass das Wort Pogromstimmung (von Christoph benutzt) ebenso eine Verharmlosung der NS-Verbrechen sei.

Änderungsanträge werden verlesen.

Änderungsantrag 1: Streichung der Wiedereinführung der Genderstudies aus dem Antrag und diesen als Einzelantrag abzustimmen.

Änderungsantrag 2: Genderstudies aus dem Antrag streichen.

Änderungsantrag 3: Es soll ein Zusatz eingefügt werden, dass Bildungsarbeit gegen Kommunismus/Sozialismus geleistet werden soll.

Abstimmung zu 3: eindeutig abgelehnt.

Abstimmung zu 2: eindeutig abgelehnt.

Abstimmung zu 1: abgelehnt.

Abstimmung des ursprünglichen Antrags: einstimmig angenommen.

TOP 7:

Jan stellt den Antrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Universität vor. Der Aufruf richtet sich an alle Gremien der Universität mit der Forderung, die Archivunterlagen zusammenzuführen, um eine nahtlose Aufarbeitung zu ermöglichen.

Nachfrage 1:
Warum wird die Zeitgeschichte außen vor gelassen? Worauf zielt der Geschichtsbegriff? Es sollte sich genauer angeschaut werden, warum sich die Dinge nicht zum Besseren wenden. Es folgen Vermutung über Infantilisierung und Verdummung der gesellschaftlichen Subjekte.

Antwort Jan:
Die Ergänzungswünsche dürfen gerne mit aufgenommen werden.

Es wird zur Abstimmung geschritten: ohne Gegenstimmen angenommen.

TOP 8:

Volkmar stellt den Antrag zu studentischen Hilfskräften vor. Die Beschäftigungsverhältnisse sind überaus prekär und rechtlich völlig unterentwickelt (keine Personalvertretung, keine Tariflöhne, etc.). Es gilt sich als HiWis zu organisieren und die Verbesserung der Verträge nicht der Uni zu überlassen.

Nachfrage 1: Sollte das durchgesetzt werden, fallen Arbeitsplätze weg, da die Kosten nach oben

schnellen würden.

Antwort Volkmer:

Es geht um einen individuellen Tarifvertrag, der erst ausgehandelt werden muss. Dabei geht es vor allem auch um Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, etc.

Keine weiteren Nachfragen, wir schreiben zur Abstimmung: eindeutig angenommen.

TOP 9:

Monty und Christoph stellen den Antrag "Grenzen der Gastfreundschaft" vor. Es geht um die Einladung Jakob Augsteins durch den Literarischen Salon. Augstein ist in der jüngsten Vergangenheit durch seine antisemitischen Äußerungen aufgefallen. Dieses sollte nicht unkritisch laufen gelassen werden.

Nachfrage 1:

Wo werden antisemitische Ressentiments bedient?

Antwort Christoph:

Die Aussagen sind schon sehr eindeutig. Hier werden alte Klischees bedient: Weltverschwörung, Ostküstenmafia, Kontrolle der Regierungen und darüber hinaus Täter-Opfer-Verkehrung.

Nachfrage 2:

Zunächst Lob, dass sich mit Augstein auseinandergesetzt werden soll und nicht wie in Göttingen gestört und verhindert.

Aber wie stünden die Antragsteller zu den Verhältnissen von Augstein, dem Zentralrat der Juden, dem Simon-Wiesenthal-Centre und Henryk Broder. Hier hat sich ja inzwischen viel getan (Entschuldigungen).

Antwort Monty:

Augstein weißt viele Elemente antisemitischer Idealtypen auf. Augstein soll hier nicht als Antisemit, sondern als Mensch, der sich antisemitisch äußert, gesehen werden. Er hat viele Outputmöglichkeiten und betätigt sich als geistiger Brandstifter, der auf ein gesamtgesellschaftlich latenten Antisemitismus trifft.

Aussage 3:

Der Vortrag, der sich um Kapitalismus drehen soll, hat ja unmittelbar nicht mit Antisemitismus zu tun.

Antwort Monty:

Es geht nicht um das jeweilige Thema, sondern um seine Einstellungen. Das zu etwas anderem referiert wird, ändert das nicht.

Aussage 4:

Er sollte nicht eingeladen, sondern besser in der Diskussion entlarvt werden.

Nachfrage 5:

Wie wird von den Antragstellern zwischen antisemitisch und anti-Israelisch differenziert?

Nachfrage 6:

Wie soll die Veranstaltungsform verändert werden? Mit oder ohne Anwesenheit Augsteins?

Kurzer GO Antrag: Schließung der Redeliste - Gegenrede - Abstimmung: Schließung.

Aussage 7:

Die jüdischen Organisationen sind sich über Augstein uneinig, das sollte berücksichtigt werden.

Aussage 8:

Kapitalismuskritik und Antisemitismus liegen dicht beieinander, vor allem wenn statt auf Strukturen auf Personen geschaut wird.

Aussage 9:

Votum für die Diskussionsveranstaltung, um die antisemitischen Äußerungen zu entlarven. Es muss möglich bleiben, Staatskritik zu üben.

Antworten von Christoph:

Der Zentralrat der Juden ist nicht das Maß aller Dinge, zumal die internen Meinungen durchaus heterogen waren.

Israelkritik gerne, aber was soll das paranoide Verhalten und die Gegenkritik an sprachlichen Verfehlungen.

Er soll gerne kommen, aber nicht unkritisch vom Podium schwadronieren dürfen. Daher soll er durchaus vor Ort sein.

Es gibt einen Änderungsantrag: es sollen die Worte "die Ausladung Augsteins" gestrichen werden.

Die Änderung wird nicht akzeptiert, daher muss abgestimmt werden: Ja - 60, Nein - 47.

Damit ist die Änderung angenommen.

Abstimmung des Gesamtantrages: einstimmig angenommen.

Abschließend bedankt sich Lea für die Teilnahme.